

Der Blick von „1933“ auf 1918/19¹

„1933“ ist eine Chiffre – für die Veränderungen, aber auch Kontinuitäten des Blicks auf die Revolution von 1918/19 – und zwar vor dem Hintergrund der Machtübergabe Anfang 1933 an Hitler und sein „Kabinett der nationalen Einheit“ durch Teilgruppen der traditionellen Funktionseliten. „1933“ ist aber auch ein Code für die rasche Stabilisierung des NS-Regimes sowie der ungeheuerlichen Verbrechen der NS-Diktatur. Die waren zwar einzigartig. Dennoch verkürzt die Rede vom „Zivilisationsbruch“. Denn der Erste Weltkrieg sowie 1918/19 waren bereits ebenfalls ein „Zivilisationsbruch“, den die Nazis dann freilich in einem vorher nicht für möglich gehaltenen barbarischen Ausmaß auf die Spitze getrieben haben. Aber die Nazis waren keine grünen Mars-Männchen, die „1933“ plötzlich landeten. Sie lassen sich nicht aus der sog. „Moderne“ herausdefinieren – und schon gar nicht aus der deutschen Geschichte. Kurze Schlaglichter auf die Weimarer Republik muss ich außerdem deshalb werfen, weil man nur dann beurteilen kann, was an eingeschliffenen Perspektiven auf 1918/19 blieb und was sich nach 1933 änderte.

Der Begriff „Blick“ – also die Leitplanke unserer Veranstaltung – wirft die Frage auf: Wer blickt hier eigentlich? Ich unterscheide drei Haupt-Ebenen:

- erstens den Blick der politisch hegemonialen Strömungen;
- zweitens den Blick der akademischen, also an den Hochschulen etablierten Zeitgeschichte;
- drittens den Blick der Linken – vor 1933 also SPD und KPD sowie die Strömungen „dazwischen“, nach 1933 die Linke im Gefängnis, im KZ oder im Exil.

Natürlich gibt es allein zwischen diesen drei groben Ebenen Grauzonen, und müsste man diese Typologie ohnehin weiter auffächern. Ihr werdet mir aber nachsehen, dass ich lediglich wenige Schlaglichter setze.

I.

Zunächst zu Weimar: Während der Weimarer Republik war die Revolution von 1918/19 omnipräsent – und gleichzeitig ein Un-Thema. Die Jahre zwischen 1919 und 1933 wimmeln zwar nur so vor ‚zeithistorischen Äußerungen‘ zur Revolution. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen

¹ Wer zu den hier nur angerissenen Themen und Problemstellungen mehr erfahren will, sei hingewiesen auf: Rüdiger Hachtmann, Blick zurück und in die Zukunft: die Sicht auf die „Novemberrevolution“ 1919 bis 2018 und mögliche Perspektiven einer kritischen Revolutionshistoriographie, in: Sozial.Geschichte Online 23 (2018)
<http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/go/sozial.geschichte-online>

ging denen jedoch jegliche wissenschaftliche Qualität ab, selbst bei einer sehr weiten Auslegung der Klassifikation ‚wissenschaftlich‘. Die Revolution war nicht nur (so ein gängiger Euphemismus bis in die Gegenwart:) ‚umstritten‘. Die Revolution selbst und der spätere Blick auf sie mobilisierten derart viele Ressentiments und Phobien, dass selbst Historiker und Soziologen, die das Prinzip der ‚Wertfreiheit‘ offensiv predigten, ihre eigenen politischen Emotionen nicht zurückhalten konnten. Max Weber etwa sprach von der Revolution als ‚blutigem Karneval‘, von der ‚verrückten Liebknecht-Bande‘ sowie den Protagonisten der USPD als ‚Schwätzern und Schreiern‘.²

Zentrale ‚Narrative‘ des hegemonialen Diskurses waren ‚Dolchstoß‘, ‚Versailler Schandvertrag‘ und ‚Novemberverbrechen‘.³ Vor allem das Diktum vom ‚Dolchstoß‘ entwickelte sich seit Ende 1918 rasch zum ‚kleinsten gemeinsamen Nenner‘ (Wolfgang Niess),⁴ der die konservativen, völkischen und proto-faschistischen Strömungen gegen die Revolution einte und das Bild von Revolution und Weltkrieg in den zwanziger Jahren prägte.

Die Revolution selbst wurde zu schlicht gestrickten, negativen Projektionsfläche, der zahllose reaktionäre Klischees und rassistische – nicht zuletzt antisemitische – Phobien aufgeladen wurden. Eine Revolutionsforschung im eigentlichen Sinne des Wortes konnte sich unter diesen Voraussetzungen kaum entfalten. ‚Revolution‘ im engeren wie weiteren Sinne verkam zur hochgradig pejorativen Floskel – sofern der Begriff selbst nicht ohnehin diskreditiert war und durch ‚Zusammenbruch‘, ‚Katastrophe‘ oder gleich ‚Dolchstoß‘ ersetzt wurde.

Während sich die KPD [ich verkürze das jetzt mal] in einem Revolutionspathos und in Verratsvorwürfen verlor, versuchte sich die SPD in Anpassung – in der Absicht, den Diskurs zu mäßigen und gleichzeitig die eigene Eignung als zuverlässig staatstragende Partei unter Beweis zu stellen. Es charakterisiert diesen Anpassungswillen, dass ausgerechnet Eduard Bernstein (bekanntlich kein Linksradikaler) die SPD Mitte der zwanziger Jahre zu einem selbstbewußteren Auftreten gegenüber der ‚Schuldflügen-Kampagne der Rechtsparteien‘ aufforderte.⁵ Bernsteins Aufforderung war vergeblich. Philipp Scheidemann etwa nannte Bernstein wegen seiner Aufforderung im Gegenteil sogar einen ‚Advokaten des Teufels‘.⁶ Für die Sozialdemokratie und

2 Käthe Leichter, Max Weber als Lehrer und Politiker (1926), nach: René König/Johannes Winkelmann (Hg.), Max Weber zum Gedächtnis. Materialien und Dokumente zur Bewertung von Werk und Persönlichkeit, Köln/Opladen 2013, S. 125-142, hier: S. 140 f.

3 Zur erstmaligen Verwendung des NS-Schlagwortes ‚Novemberverbrechen‘ 1922/23 vgl. Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 1998, S. 431 f.; Ian Kershaw, Hitler, Bd. 1: 1889-1936, Stuttgart 1998, S. 244, 817 (Anm. 141).

4 Wolfgang Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2013, S. 34.

5 In einem Brief an Kautsky vom 16. Juli 1924. Mitte 1919, als Bernstein vor dem Hintergrund der Dolchstoß-Anschuldigungen die Parteitagssdelegierten der SPD beschwor, sich nicht anzupassen und zu ducken, denn

6 Nach: Heinrich August Winkler, Eduard Bernstein und die Weimarer Republik, in: Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Re-

die mit ihr verbündeten Gewerkschaften hat sich die immer weitergehende Anpassung an die in der Weimarer Republik schließlich hegemoniale rechtsnationalistische Strömung bekanntlich nicht ausgezahlt.

Auch für eine seriöse Geschichtsschreibung war unter Verhältnissen, in denen zunächst konservativ-antirepublikanische sowie ab 1930 zunehmend rechtsextreme Strömungen den Ton vorgaben, kaum Raum. Liberal-konservative Historiker hatten es gleichfalls schwer, jedenfalls wenn sie sich einem professionellen Ethos und einer faktenbezogenen Historiographie verpflichtet fühlten.⁷

Auch innerhalb der akademischen Geschichtswissenschaft verkam die Auseinandersetzung mit der Revolution zur politisch aufgeladenen Stimmungsmache. Opinionleader der deutschen Historikergunft waren rechtskonservative und proto-faschistische Protagonisten wie **Johannes Haller**, für den die Revolution eine „politische Gasvergiftung“ war, oder – besonders exponiert – **Dietrich Schäfer**. Der bediente alle reaktionären Klischees und Ressentiments auf das Feinste. Schäfer nämlich glaubte im November 1918 „alle Höllengeister losgelassen. Roheste Beute- und Genußgier, brutale Missachtung jeder Art von Recht und Sitte wurden tägliche Übung. Raub und Plünderung, Erpressung und Diebstahl, Lug und Trug, Gewalttat und Arglist sind in deutschen Landen wohl niemals in dem Maße an der Tagesordnung gewesen wie in den Wochen und Monaten nach der [November-]Revolution“.⁸

II.

Nur ganz wenige bis 1933 bzw. 1945 verfasste Untersuchungen zur Entstehungs- und Verlaufsgeschichte der Revolution von 1918/19, zu ihren Ergebnissen und Folgewirkungen verdienen überhaupt das Attribut ‚geschichtswissenschaftlich‘. Unter ihnen ragen die 1928 von **Arthur Rosenberg** verfasste „Entstehung der Weimarer Republik“⁹ sowie die 1935 in Karlsbad erschienene „Geschichte der Weimarer Republik“ ebenfalls von Rosenberg ziemlich einsam heraus. Seine Thesen haben nicht zufällig die Revolutionshistoriographie ab den 1960er Jahren enorm befruchtet – und sind auch heute noch enorm wichtig. Ich liste jetzt nur ein paar Aspekte auf:

Nur dem Namen, so Rosenberg, nach sei der Rat der Volksbeauftragten eine sozialistische oder wenigstens sozialdemokratische Regierung gewesen. Faktisch sei dieser eine bürgerliche Regierung geblieben, da die einflussreichsten Minister und Staatssekretäre, die dessen deren Unterbau bildeten,

publik, hg. von Heinrich August Winkler, Bonn 1998, S. 7-24, Zitate: S. 20 bzw. S. 22. Vgl. auch Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung, S. 50, 73 f. Zum folgenden: ebd., S. 75 f.

7 Vgl. (inkl. Zitat) Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung, S. 73.

8 Zit. nach: ebd., S. 110.

9 Zu Entstehungsgeschichte und Rezeption: Mario Kessler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 142 ff., 149 ff.

dem katholischen Zentrum und den Liberalen angehörten, nun als „Fachleute maskiert“.¹⁰

Dieses Problem eines „doppelten Staatsapparates“ – einer Art Doppelherrschaft, die allerdings einen ganz anderen Charakter besaß als die in Russland 1917 – vertiefte Rosenberg in seiner „Geschichte der Demokratie“ sieben Jahre später. Revolutionär oder wenigstens (sozial-)demokratisch seien der Rat der Volksbeauftragten und die Länderregierungen bestenfalls nominell gewesen. Der aus dem Wilhelminismus stammende, anti-republikanische „staatliche Beamtenapparat beherrschte [weiterhin] das öffentliche Leben“.¹¹ „Die Folge davon war, daß nach dem Verschwinden der Arbeiter- und Soldatenräte der kaiserliche Verwaltungs- und Justizapparat seine Auferstehung feierte“. Es sei aber, so Rosenberg 1935, „unmöglich, einen revolutionären Staat mit dem Beamten- und Justizapparat des vergangenen Systems aufzubauen“.¹²

Eigentlich habe die Revolution und mit ihr der Rat der Volksbeauftragten in den ersten Tagen der Novemberrevolution „eine ungeheuer starke Position“ besessen. Die „Träger des alten preußischen Feudalsystems, die Offiziere, die Großgrundbesitzer und die hohen Beamten“, aber auch „die Großindustriellen“ seien „völlig machtlos“ gewesen. Die (Mehrheits-)Sozialdemokratie, eigentlich die „Herrin der Situation“, sei jedoch von der anstehenden Aufgabe eines „Neubaus der Republik“ völlig überrascht und überfordert gewesen.¹³

Gleichzeitig trat Rosenberg in seinem Buch von 1935 dem Popanz einer 1918/19 drohenden bolschewistischen Diktatur, die nur durch das entschiedene Handeln der MSPD-Führung verhindert worden sei, energisch entgegen. Die neu gegründete KPD und zuvor der Spartakusbund seien dafür viel zu klein gewesen; insbesondere aber hätten „seine theoretischen Führer, vor allem Rosa Luxemburg, Experimente[n] einer Parteidiktatur über das Proletariat selbst auf das schärfste zurückgewiesen“.¹⁴ Die von bürgerlichen Kreisen und der Mehrheitssozialdemokratie kolportierten, verschrobenen Vorstellungen von Sinn und Funktion der Räte korrigierte Rosenberg ebenfalls unmissverständlich: „Räteregierung bedeutet an sich weder irgendeinen Terror noch [die] Gewaltherrschaft einer Minderheit“. Er hielt es zudem durchaus für möglich, „die Räte irgendwie mit dem parlamentarischen System zu kombinieren“.

Der Tenor von Rosenbergs „Entstehung der Weimarer Republik“ 1928 blieb gedämpft optimistisch. Das änderte sich in der von ihm unter dem Eindruck der sog. „Machtergreifung“ der NS-Bewegung niedergeschriebenen „Geschichte der Weimarer Republik“. Deren Untergang – den er mit guten Gründen bereits auf den 18. Oktober 1930 (also die Ernennung Brüning durch Hindenburg)

10 Vgl. Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1973, S. 241 f. bzw. ders., Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1973, S. 5, 9.

11 Ebd., S. 17.

12 Ebd., S. 39.

13 Ebd., S. 6 ff., 11.

14 Ebd., S. 17. Vgl. auch ebd., S. 62.

datiert¹⁵ – führte ihn zu der Erkenntnis, dass die Demokratie seit 1918/19 zu oberflächlich blieb: „Die wirkliche Demokratie besteht aber nicht in der Abgabe irgendwelcher Stimmzettel, sondern in der aktiven Selbstregierung der Massen. So war die Frage nach der Überwindung des [wilhelminischen, weiterhin autoritären Staatsvorstellungen verpflichteten] bürokratischen Apparats zugleich die Frage nach Leben oder Tod der deutschen Demokratie“.¹⁶

Andere sahen das ähnlich und kritisierten darüber hinaus die Bürokratisierungsprozesse innerhalb der Linken. *Beide* Flügel der linken Arbeiterbewegung der Weimarer Republik hätten – so resümierte beispielsweise Joachim Schumacher, ein unorthodoxer Sozialist, der bereits 1932 emigrierte, 1936 dann im französischen Exil – habe „sich zwar gegen die deutsche Kaserne organisiert, aber ihre eigene Organisation war nicht frei vom Geist der Kaserne“. Von der gemäßigten Sozialdemokratie bis hin zur „erzradikalen Linken“ seien „der elende Unteroffiziersjargon, die schlappe Lust am Kommandieren“ und „Bürolöwen-Manieren“ weit verbreitet gewesen.¹⁷

III.

Im Dritten Reich selbst war dann das Diktum von der „Dolchstoßlegende“ und den „Novemberverbrechern“ eine selbstverständliche Prämisse, unhinterfragbar. Die Formel von den „Novemberverbrechern“ brachte Hitler selbst 1922/23 auf. Sie gehörte seitdem zum Standardrepertoire aller NS-Protagonisten und war höchst geschickt gewählt: Die Formel „Novemberverbrecher“ stigmatisierte nicht nur alle Linken, sondern fasste außerdem zusammen, was bis dahin in den Statements vom „Dolchstoß“, dem „Zusammenbruch“ sowie dem „Schandvertrag von Versailles“ noch getrennt war – und war zugleich viel präziser als etwa die Allerweltsformel „Katastrophe“. Das Wort „Novemberverbrecher“ bündelte geschickt alle Ressentiments und war zugleich hochgradig antisemitisch aufgeladen.

Warum die Rede von den „Novemberverbrechern“ außerdem so zentral war und alle hochrangigen und auch kleinen Nazi-Funktionäre von „Novemberverbrechern“ sprachen, zeigt bereits ein kurzer Blick in die zeitgenössischen biographischen Lexika, etwa in das Deutsche Führerlexikon oder auch in Degeners „Wer ist’s?“ von 1935. Die dort versammelten Protagonisten des Regimes verwiesen, sofern sie vor 1902 geboren waren, also 1918 keine Kinder mehr waren, zu gut achtzig Prozent voller Stolz darauf, dass sie entweder in den Freikorps und dem sog. „Grenzschutz Ost“ die Revolution aktiv bekämpft hatten oder aber Anfang der zwanziger Jahre in protofaschistischen Organisationen aktiv waren – und die, die zu jung waren, zogen einen guten Teil ihrer politischen Energien aus den hass-geladenen Negativ-Legenden der Älteren über die „Novemberverbrecher“.

15 Vgl. ebd., S. 211.

16 Ebd., S. 18.

17 Joachim Schumacher, *Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums*, Frankfurt a.M. 1978 (EA 1936), S. 192. Der Linkssozialist und Bloch-Schüler Schumacher (1904-1984) ging später in die USA.

Wichtig ist außerdem, dass dann während des Dritten Reiches hinter dem Diktum von den „Novemberverbrechern“ das „Novembersyndrom“ (wie der britische Historiker Tim Mason das genannt hat) stand – konkret: die Angst vor einem scheinbar unkalkulierbaren Industrieproletariat, vor einer neuen, diesmal eindeutiger sozialistischen Novemberrevolution.

Gesellschaftlich verankert wurde die eingängige Formel von den „Novemberverbrechern“ durch das Trommelfeuer der NS-Propaganda. Dem konnten auch die akademischen Historiker – also die zweite Ebene der Blicke, die wir hier thematisieren – nicht enttrinnen. Jeder von ihnen wusste, dass er sich an diese unsichtbaren Vorgaben halten musste, wollte er nicht aus dem akademischen Betrieb ausgeschlossen und als „gemeinschaftsfremd“ stigmatisiert werden, mit unabsehbaren Konsequenzen.

IV.

Damit bin ich bei der dritten Ebene, bei der Linken im Exil oder im Untergrund und setze ebenfalls nur Schlaglichter.

Die linkssozialdemokratischen Arbeitsrechtler und Politikwissenschaftler **Ernst Fraenkel** und **Franz Leopold Neumann**, denen wir die (m.E. bis heute) wichtigsten konzeptionellen Überlegungen zur Struktur des NS-Herrschaftssystems wie der Gesellschaft des Dritten Reiches verdanken, thematisierten zwar die historischen Wurzeln des NS-Regimes, sprachen dabei jedoch die Revolution von 1918/19 nur ganz am Rande an.¹⁸ Fraenkel formulierte 1943 immerhin ein Bonmot, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte: „Weil der Neunte November [...] ein halbe Revolution war [...] ist uns später eine ganze Niederlage bereitet worden“.¹⁹ Fraenkel wie Neumann kannten die Bücher und Positionen Rosenbergs zur Weimarer Republik und hatten ihnen nichts hinzuzufügen.²⁰

Anders als Fraenkel und Neumann rückte **Julius Leber** in seinen „Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie“, die er unter dem unmittelbaren Eindruck der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung im Juni 1933 im Gefängnis zu Papier brachte,²¹ die Revolution von 1918/19 als Ausgangspunkt der katastrophalen Niederlage von 1933 ins Zentrum seiner Betrachtungen. Obwohl kein Marxist und bis 1933 loyal gegenüber der SPD, ging er dabei gerade mit der eigenen Partei schonungslos ins Gericht.

18 Vgl. Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat* (1938), Frankfurt a.M. 1974, S. 200 ff.; Franz Leopold Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944* (1942/44), Frankfurt a.M. 1977, S. 31 f.

19 Nach: Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung, S. 156.

20 Vgl. Kessler, Arthur Rosenberg, S. 208; ferner S. 201, 231 f., 238 f.. Rosenberg und Neumann verfassten anscheinend 1934 sogar eine gemeinsame Broschüre („Nazis, Nazism, Nazidom“).

21 In: *Ein Mann geht seinen Weg. Reden, Schriften und Briefe von Julius Leber*, hg. von seinen Freunden, Berlin/Frankfurt a.M. 1952, S. 187-247. Ausführlich gewürdigt wird diese Schrift von Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung, S. 151-154.

Sein Urteil über den Rat der Volksbeauftragten konnte kaum schärfer sein. Die Sozialdemokraten hätten auf die Revolution „bewußt oder unbewußt verzichtet“. Die Folge: Die Weimarer Republik „war schon tot, als sie zaghaft [...] ihre endgültige Geburt anzeigte“.²² Leber weiter: „Die Sozialdemokratische Partei war zur Zeit der Übernahme der Staatsmacht im Jahre 1918 innerlich schon alt.“ Deren Führung sei geprägt gewesen durch „die Überheblichkeit des Alters, die nichts mehr will und nichts mehr träumt“.²³ Der Masse der Funktionäre attestierte Leber, ähnlich wie Joachim Schumacher, „geistige Mittelmäßigkeit und einexerzierte Routine“. Dahinter verbarg sich eine Kritik der „Parteimaschine mit all ihren Teilen“: „Nur wer Gewähr bot, daß er treu und brav Disziplin hielt, wer weder nach oben noch nach unten anstieß, der wurde hereingelassen“.²⁴

Theodor Wolff, als letztes Beispiel, veränderte seinen Standpunkt unter dem Eindruck der NS-Machtübernahme noch radikaler als Julius Leber. In seinen 1936 im Exil veröffentlichten „Betrachtungen“ konstatierte er mit Blick auf 1918/19 ironisch, Ebert und die SPD-Führung „hätten für ihre Leistung [eigentlich] ganz besonders den Dank der bürgerlichen und adligen Kreise verdient“. „Die sozialdemokratischen Führer waren ein [!] Mime, der immer fleißig und anständig die Rolle des alten Vater Miller in ‚Kabale und Liebe‘ gespielt hat und plötzlich den jungen feurigen Ferdinand darstellen soll“, dazu jedoch nicht einmal ansatzweise in der Lage war, weil er „in der Gewohnheit und Bequemlichkeit des parlamentarischen Tagesgeschäftes erschlaft“ gewesen sei.²⁵ Am Morgen des 9. November 1918 hätten sich die Männer an der Spitze der SPD dann, überrascht, „beim Erwachen als Oberbefehlshaber der Revolution wieder[gefunden], nachdem man eben gut bürgerlich schlafen gegangen war“. „Es gab, nimmt man die eine Rosa Luxemburg [die er 1918/19 noch abfällig „Rote Rosa“ titulierte] aus, keine starke revolutionäre Figur“.²⁶ So Wolff, der 1943 verhaftet wurde und im selben Jahr im KZ Sachsenhausen verstarb, 1936 wörtlich.

*

Abschließend noch zwei Thesen, warum die Perspektiven der Linken ab 1933 heute wieder an Bedeutung gewinnen:

- Das sind erstens das Aufkommen und – in vielen europäischen Ländern – die Hegemonie rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien (wobei der Begriff „Rechtspopulismus“ noch freundlich und zudem unpräzise ist) – und die Erosion parlamentarischer Demokratien. Es gibt ja nicht wenige, die sich an die Situation Anfang der dreißiger Jahre erinnern fühlen und heute wieder von „Weimarer Verhältnissen“ sprechen.

22 Ebd., S. 187, 203 f.

23 Ebd., S. 187 f.

24 Leber, Gedanken, S. 191 f., 195. Leber verband dies mit einer Kritik der Etablierung der Parteisekretäre seit 1907, die er als entscheidenden Faktor für die Bürokratisierung und innere Lähmung der SPD ausmachte. „Ihr Einfluß war grenzenlos, ihre Verantwortung dagegen nur klein [...]. Keiner kam nach oben, der nicht aus ihren Reihen kam“.

25 Wolff, Marsch durch zwei Jahrzehnte, S. 183 f.

26 Ebd., S. 182.

- Zunehmend interessant wird der Blick ab 1933 auf 1918/19, darüber noch hinausgehend, zweitens angesichts der für die Linke dringlichen Frage, ob wir uns seit 2008 in einer finalen Krise des Kapitalismus befinden, die einer Suche nach neuen Formen politisch-sozialer Selbstbestimmung, nach ‚Produktionsverhältnissen‘ jenseits mindestens eines vulgären Kapitalismus neue Aktualität verschafft – und damit Rätekonzepte in neuer Perspektive interessant werden lässt.